

Herausgeber:
Dr. Fritz Gerlich
Schriftleitung und Verlag:
Schellingstraße 39, 1. Hof.
Postcheckkonto München
24 26 • Telefon 245 89

Donnerstag

Illustriertes
Das Blatt des gesunden Menschenverstandes

Im Einzelverkauf
20 Pfennig
30 Oestr. Gr.

Hinten den Kulissen der BVP

Wie die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volks-Partei in Berlin wirkt

Die Einigung zwischen der bayerischen und der Reichsregierung über die dritte Notverordnung stellt einen persönlichen Erfolg des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held dar, den er gegenüber den Zentralisierungstendenzen und letzten Endes auch gegenüber dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Bayer. Volkspartei, Abgeordneten Leicht, Bamberg, erstritten hat.

Durch eine Reihe von Veröffentlichungen in der Presse ist diesem Abgeordneten seit einigen Wochen ein Kampf um seine Machtstellung aufgezwungen worden. Dieser Kampf spielt sich zwar zur Zeit nicht mehr vor der Öffentlichkeit ab, nachdem man einen zu allgemeiner Kenntnis gelangten Vorstoß des Grafen Arco wieder zu erdrücken versucht hat und den seit längerem von uns und Dr. Freiherr von Armin gemachten Vorhalten ein hartnäckiges Schweigen in der Öffentlichkeit entgegensetzt. Aber er geht doch unter der Decke weiter. Man könnte nun sagen, daß es deshalb überflüssig sei, wenn wir uns hier mit ihm befassen, schließlich sei das eine reine Parteianglegenheit. In Wirklichkeit aber stellt er den zur Zeit bedeutungsvollsten staatspolitischen Vorgang für Bayern dar. Von seiner Entscheidung wird abhängen, ob die bayerische Staatsregierung in der Zukunft noch genügende Möglichkeiten besitzt, Bayern die Staatspersönlichkeit zu retten. Es wird weiter von seinem Ausgang abhängen, ob der föderalistische Gedanke in Deutschland für absehbare Zeit beerdigt werden muß oder er noch Aussicht hat, wenigstens durch dieses ernsthaft vertreten zu werden.

Auch bei diesem Machtkampfe handelt es sich nicht um das Programm der Bayer. Volkspartei. Denn dieses spricht sich ganz eindeutig aus und hat in diesen Punkten unsere volle Zustimmung. Es handelt sich nur darum, ob der Zustand weiterbestehen soll, daß den dem Programm und den Wählern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen der Reichstagsfraktion der Bayer. Volkspartei — und insbesondere ihres Vorsitzenden Leicht — von diesen weiterhin in Berlin nicht der eigentlich selbstverständliche Nachdruck verliehen wird. Es dreht sich damit zugleich um die Frage, ob die Bemühungen der offiziellen bayerischen Staatsregierung, insbesondere die des derzeitigen Ministerpräsidenten Dr. Held um die Rechte des bayerischen Staates und um den föderalistischen Gedanken in Deutschland auch in der Zukunft durch die Tätigkeit und Haltung des Abgeordneten Leicht und seiner Fraktion abgefeuert werden.

Was von diesem Machtkampfe zur Zeit zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt — ohne allerdings seinen eigentlichen staatspolitischen Zweck offen erkennen zu geben —, das sind die Vertrauensfundgebungen christlicher Arbeitervereine für den genannten Abgeordneten Leicht hier und da im Lande und auch in München. Für den, der sich mit Politik in Deutschland nicht erst seit gestern beschäftigt, ist das Entstehen dieser Vertrauensfundgebungen kein unvorhersehbares Geheimnis. Der Abgeordnete Leicht hat erst kürzlich wieder im Reichstag dafür gesorgt, daß die Mißbilligung weiter innerhalb bayerischer Kreise — auch solcher der bayerischen Volkspartei, und insbesondere die der derzeitigen bayerischen Staatsregierung — gegenüber den von dem Reichskanzler Brüning in seinen Notverordnungen unternommenen Übergriffen gegen die Rechte des bayerischen Staates zunächst zu keiner praktischen Wirkung kam.

Dr. Brüning kommt bekanntlich von dem durchaus zentralistischen Stegerwald-Klügel der Zentrumsparlei — also den christlichen Arbeitervereinen — her. Als parlamentarischer Finanzreferent der Partei war er schon früher ausgesprochen zentralistisch eingestellt. Prälat Leicht hat seine Sympathie für die Zurückführung der Bayer. Volkspartei in den Schoß des Zentrums bereits offen kundgegeben. Er darf nicht mit Unrecht wegen seiner eigentlichen reichspolitischen Einstellung als Zentralist angesehen werden. Der bayerische Unwille über die Brüning'schen Eingriffe in die Staatshoheit unseres Landes drohte — wir werden die Tatsachen noch näher darlegen — die Abstimmung bezüglich seiner dritten Notverordnung zu gefährden. Da sprach Prälat Leicht entgegen bindender Versprechungen in die Presse. Wie schon seit längerem, hat auch diesmal der Bayerischen Volkspartei entflammende Reichs-

postminister Dr. Schäkel sich wieder zur Übernahme des Amtes bereit erklärt, ohne dabei vorher die bayerischen Interessen sicherzustellen. So kam die vielbesprochene — „wichtig“ sein sollende, in Wirklichkeit undistutable — Rede Leichts bei der letzten Reichstagsitzung zustande. Ein solcher Dienst verpflichtet zur Gegenleistung. In Bayern selbst ließ sich mit Ausnahme des Bezirksverbandes Bamberg der Bayer. Volkspartei — also der Parteiorganisation des Wohnortes von Leicht — keine andere zu den gewünschten Gefälligkeiten mit Vertrauensfundgebung herbei. Kukukneifer der Leicht'schen Haltung war der zentralistisch gesinnte Teil der

Zentrumsparlei, der sich vor allem auf die christlichen Gewerkschaften stützt. Da hat man den Schlüssel für die Tatsache, warum sich diese in Bamberg und München und auch in ihrem Gewerkschaftsorgan beeilt haben, dem Abgeordneten Leicht ihr Vertrauen auszusprechen, wobei sie den „Dreh“ der Tatbestandsverchiebung zum angeblich geforderten Mißtrauensvotum gegen Brüning statt der tatsächlich verlangten Mißbilligung seiner dritten Notverordnung durch Gegen-Stimmabgabe der Reichstagsfraktion der B.V.P. als offizielle Taktik zur Vernebelung der öffentlichen Meinung in Bayern und Deutschland mitübernehmen.

Bayerns „schwerster Kampf“ mit dem Reich

Wir haben also gar keinen Anlaß, die von der Stegerwald-Richtung bestellten Vertrauensfundgebungen für ihren Gesinnungsgehalt Leicht ernster zu nehmen als sie tatsächlich sind. Sehr ernst zu nehmen aber haben wir die Feststellung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held in der Rede vom letzten Sonntag in Regensburg, die wir dieser Kummer im Wortlaut beifügen, weil die sonstige Berichterstattung darüber, mit Ausnahme seines eigenen Blattes, so merkwürdig kurz war. Insbesondere fiel uns auf, daß führende Zeitungen, die der Bayer. Volkspartei nahestehen — und auch die „Bayerische Staatszeitung“ — im Gegensatz zu den „M. N.“ und der „München-Augsburger Abendzeitung“ die folgende Feststellung unseres Landesministerpräsidenten der Erwähnung nicht für nötig gehalten haben. Dr. Held hat nämlich erklärt, die Reichsregierung habe mit ihren Notverordnungen von der Souveränität und Selbstständigkeit Bayerns so viel angegriffen, daß die bayerische Staatsregierung „seit dieser Zeit unausgesetzt mit dem Reich in schwerstem

Kampf steht“. Er hat ferner auf seine letzte Luntenhäuser Rede hingewiesen und gesagt, daß er von ihr auch jetzt noch nichts zurückzunehmen habe.

Was man diese Erklärungen des derzeit leitenden bayerischen Staatsmannes mit jenen Versuchen zur Vernebelung der Öffentlichkeit vergleicht, die in den Vertrauensfundgebungen für den Abgeordneten Leicht unternommen werden, so bemerkt man folgendes: In diesen Erklärungen wird der Versuch gemacht, der bayerischen Öffentlichkeit zu suggerieren, als habe sich Prälat Leicht und die Reichstagsfraktion der Bayer. Volkspartei erst dann für die Billigung der dritten Notverordnung des Reichskanzlers im Reichstage entschlossen, als er bindende Zusagen über die Beilegung der Eingriffe in die bayerische Staatshoheit gemacht hatte. Welchen Wert diese Zusagen der Reichsregierung an den Abgeordneten Leicht und die Reichstagsfraktion der Bayer. Volkspartei in Wirklichkeit hatten — Zusagen, die bereits am 16. Oktober, nämlich am Tage der



Prälat Leicht - Bamberg
Vorsitzender der Reichstagsfraktion der BVP

Abstimmung der Fraktion für die dritte Notverordnung der Reichsregierung, vorgelegen haben müßten — das zeigt am deutlichsten die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten vom letzten Sonntag, den 15. November — also vier Wochen nachher —, daß der bayerische Ministerpräsident eben wegen dieser Übergriffe „seit dieser Zeit unausgesetzt mit dem Reich in schwerstem Kampfe steht“.

Wir kennen den jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten seit vielen Jahren. Unsere politische Tätigkeit hat uns schon mit ihm in Berührung gebracht, längst ehe er das Ministerpräsidium übernahm. Infolgedessen wissen wir ganz genau — ohne ihn vorher gefragt zu haben — daß das den Tatsachen entspricht, was er erklärt. Die Verhandlungen mit Berlin, die der Abgeordnete Leicht uns bereits als fertig hinzustellen beliebte, nahmen also wegen der zentralistischen Einstellung des Reichskanzlers und anderer Mitglieder des Reichskabinetts für Bayern einen derartigen Verlauf, daß Dr. Held in Regensburg die Flucht in die Öffentlichkeit für nötig hielt. Er klarte damit gleichzeitig das Land darüber auf, was von den unter Mitwirkung des Zentrums, nämlich der dem Reichskanzler nahestehenden Stegerwaldgruppe beorgten Vertrauensfundgebungen für den Abgeordneten Leicht zu halten ist. Er hat natürlich dabei vermieden, die eigentliche Adresse dieser Erklärung zu nennen. Graf Arco, dessen aus Wahrheitsmut geborener Vorstoß gegen die Leicht'sche „Vertretung“ der bayerischen Interessen kürzlich einen solchen Unwillen der Beschäftigtenorgane der bayerischen Volkspartei hervorgerufen hat und der sich jaagen lassen mußte, daß man die Interessen der Partei schädigt, wenn man einmal ganz offen auf die inneren Widersprüche der Politik der heutigen Abgeordneten dieser Partei hinweist, darf hier eine verspätete Genugtuung empfinden.

Denn in der Tat ist es heute so, daß die Vertretung bayerischer Interessen in Berlin allmählich immer mehr erschwert wird, weil niemand bei uns daran geht, einmal ganz offen aufzudecken, daß die heutige Leitung der Bayerischen Volkspartei, soweit sie durch ihre Abgeordneten dargestellt wird, mit zwei Pferden reitet. Richtiger gesagt, hat sie sich für ihre rechte und linke Hosentasche zwei staatspolitisch verschiedene — ja geradezu entgegengesetzte — Grundsätze zurechtgemacht.

Innerhalb Bayerns macht man in Selbstständigkeit des bayerischen Staates und in Föderalismus. Sind die bayerischen Belange einmal von der Reichsregierung in unannehmlicher Weise

Menschen, von denen man spricht



Botschafter Dr. v. Hösch
Der Deutsche Botschafter in Paris steht augenblicklich im Brennpunkt des Interesses, denn von dem Ausfall der deutsch-französischen Verhandlungen wird die Zukunft unseres Wirtschaftslebens entscheidend beeinflußt werden. Dem Botschafter wird großer Takt und staatsmännische Feinfähigkeit, neben völliger wirtschaftlicher Unabhängigkeit nachgerühmt.



Dr. Paul Silverberg
Der bekannte rheinische Großindustrielle wurde dem neuen, unter der persönlichen Leitung Hindenburgs stehenden Wirtschaftsleiters der Reichsregierung eingereicht. Silverberg, der in seiner Jugend auch an der Münchener Universität studierte, ist Jurist und als Vorsitzender des Aufsichtsrates des rheinischen Braunkohlensyndikates hervorgetreten.



Minister Hermes
Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hermes wurde von der Reichsregierung zu den deutsch-französischen Verhandlungen als Berater des deutschen Botschafters zugezogen. Zweifellos sucht man seine Erfahrungen nutzbar zu machen, die er als Delegierter bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sammeln konnte.



Kurt Wegener
Der Bruder des in Grönland als Opfer deutlichen Forscherdranges gestorbenen und begrabenen Leiters der Grönlandexpedition Prof. Albert Wegener wurde in Kopenhagen zusammen mit dem überlebenden Mitgliedern dieser Expedition offiziell durch den dänischen Staatsminister Stauning und den deutschen Minister a. D. Dr. Schmidt empfangen.

Bei Kopfwegh • Migräne wie insbesondere bei Erkrankungen neuralgischer und katarthelischer Art wirken prompt und zuverlässig
Geremosankapseln
Die verblüffende Wirkung beruht auf der spezifischen Zusammensetzung (Amidophenz. 0,15 + Phenaz. sal. 0,45 + Chin. 0,01 + Coff. 0,1). In allen Apotheken erhältlich. Preis der Schachtel 1,15 Mk.